

Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle

VI/15

152/2

Vorlagen-Nummer

**4533/2012**

Freigabedatum 03.01.2013

## Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

### Betreff

**Einleitung von Maßnahmen zur Behebung der studentischen Wohnungsnot in Köln**

### Beschlussorgan

Stadtentwicklungsausschuss

Gremium	Datum
Stadtentwicklungsausschuss	17.01.2013

### Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, der Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung 3 - Lindenthal nicht zu folgen und beauftragt die Verwaltung, die Arbeit der dezernatsübergreifenden Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel fortzusetzen, die Studentische Wohnversorgung in Köln weiter zu fördern.

**Haushaltsmäßige Auswirkungen** **Nein**

<input type="checkbox"/> <b>Ja, investiv</b>	Investitionsauszahlungen	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input type="checkbox"/> <b>Ja, ergebniswirksam</b>	Aufwendungen für die Maßnahme	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

**Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€
c) bilanzielle Abschreibungen	_____€

**Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:**

a) Erträge	_____€
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____€

**Einsparungen: ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€

Beginn, Dauer

\_\_\_\_\_

**Begründung:**

Die Bezirksvertretung 3 - Lindenthal hat in der Sitzung am 03.12.2012 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Stadtverwaltung wird dringend gebeten, möglichst umgehend durch Bündelung der vorhandenen einschlägigen Kompetenzen unter einer vom Oberbürgermeister zu ernennenden Leitung ein Team zu bilden, das in enger Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Rates, speziell den für derartige Problemlösungen zuständigen Ausschüssen umfassende Maßnahmen konzipiert und danach zügig umsetzt, um der gegebenen und sich wahrscheinlich noch verschärfenden studentischen Wohnungsnot wirksam zu begegnen.“

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Köln als einer der größten Hochschulstandorte Deutschlands mit über 70.000 Studierenden erwartet ab 2013 auf Grund des doppelten Abiturjahrgangs eine starke Zunahme von Studienanfängern. Der Wohnungsmarkt für Studenten ist bereits jetzt angespannt. Die Lage wird sich weiter verschärfen. Hochschulen und Studentenwerk rechnen mit zusätzlichen 10.000 – 20.000 neuen Studenten in den nächsten Jahren.

Seitens der Verwaltung ist eine dezernatsübergreifende AG eingerichtet worden, die sich mit geeigneten Standorten für Studentischen Wohnungsneubau auseinandersetzt. Daneben wurde eine weitere Gesprächsrunde mit dem Studentenwerk sowie der GAG und der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln (WSK) installiert. Zwischen der Wohnungsgesellschaft GAG, der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln (WSK) und dem Studentenwerk ist weiterhin vereinbart, dass seitens der Wohnungsunternehmen dem Studentenwerk freie bzw. freiwerdende mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen zur Vermittlung an Studierende gemeldet werden. Bei der Bildung von Wohngemeinschaften für größere Wohnungen wird geholfen. Die Stadt Köln unterstützt diese Kooperation und ist behilflich z.B. bei Fragen zur Freistellung. Zusätzlich wird zurzeit eine Werbekampagne vorbereitet,

mit der private Vermieter angesprochen und für eine Vermietung von Wohnraum an Studenten gewonnen werden sollen

Die Bildung einer weiteren Arbeitsgruppe, so wie von der Bezirksvertretung 3 - Lindenthal gewünscht, ist daher entbehrlich.

Absehbar ist, dass kurzfristige Erfolge in der Verbesserung der Wohnsituation für Studenten nur schwer zu erreichen sein werden. In erster Linie ist das Studentenwerk als gemeinnützige Einrichtung des Landes zuständig für die Sicherstellung der Studentischen Wohnversorgung. Das Studentenwerk kann aber mit seinen Häusern nur einen geringen Teil der Wohnungsnachfrage decken. Darüber hinaus sind die investiven Möglichkeiten des Studentenwerks zum Neubau von Studentenwohnungen sehr begrenzt. Eine direkte Landesförderung für den Neubau gibt es zurzeit nicht. Auf Grund der Bedarfslage ist auf Landesebene eine deutliche Verbesserung der derzeitigen Förderkonditionen geplant. Erwogen wird u.a., die Wohnheimförderung wieder aufzunehmen. Der Entwurf des Ministeriums befindet sich zurzeit im Anhörungsverfahren. Abzuwarten bleibt, ob und in wie weit das Studentenwerk durch die neuen Förderbestimmungen für 2013 in die Lage versetzt wird, mehr für den studentischen Wohnungsbau zu tun. Die Stadt Köln kann nur flankierend tätig werden.

Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen wird Maßnahmen beinhalten, die zu einer Entspannung des Wohnungsmarktes beitragen können. Das wird auch den Studenten zugute kommen. Da viele Studenten insbesondere auf mietpreisgünstigen Wohnraum angewiesen sind, werden sie von den Bemühungen der Stadt Köln zur Intensivierung des öffentlich-geförderten Wohnungsneubaus in Köln profitieren. Ziel bleibt, jährlich 1.000 neue Wohnungen im Geschosswohnungsbau zu errichten. Mit dem beschlossenen Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau sollen hierfür die Voraussetzungen geschaffen werden.